

Alle Beschlüsse & Berichte

NR-Sitzung vom 29. März 2017

Deregulierungsgesetz 2017 ([1569 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Deregulierungsgrundsatzgesetz ([1570 d.B.](#))

Das Gesetz definiert Regeln für die Gesetzesinitiative und die Gesetzgebung und soll zur Entbürokratisierung beitragen. Im Wesentlichen geht es darum, dass Rechtsvorschriften des Bundes regelmäßig evaluiert bzw. Gesetze zeitlich befristet werden und dass für eine neue Regelungen wenn möglich eine andere Regelung gestrichen wird. Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht soll darauf geachtet werden, dass die EU-Standards nicht ohne Grund übererfüllt werden.

Zweiter Eurofighter-U-Ausschuss eingesetzt ([1582 d.B.](#))

Der zweite Untersuchungsausschuss zu den Eurofightern ist eingesetzt. Der Antrag – ein Minderheitsrecht – wurde von Grünen und FPÖ eingebracht. Basis dafür sind u.a. neue Erkenntnisse einer Task Force, die Verteidigungsminister Doskozil zu einer Anzeige gegen den Eurofighter-Hersteller veranlasst hat. Die SPÖ unterstützt den Ausschuss und will volle Aufklärung über die Beschaffung unter Schwarz-Blau in den 2000er-Jahren und über einen möglichen Millionen-Schaden für die Republik.

Verwaltungsreformgesetz ([1568 d.B.](#))

Dieses Sammelgesetz enthält zahlreiche Reformen im Agrar- und Umweltrecht, die zu Verwaltungsvereinfachung und Deregulierung beitragen und Umweltverträglichkeitsprüfungen beschleunigen sollen.

"Human Biomonitoring" ([1539 d.B.](#))

Der Antrag fordert eine zweijährliche Berichterstattung des Umweltministers an den Gesetzgeber über die Fortschritte, Erkenntnisse und Tätigkeiten des Beratungsgremiums "Human Biomonitoring".

EU-Jahresvorschau für die Landwirtschaft 2017 ([1554 d.B.](#))

Die EU-Jahresvorschau des Landwirtschaftsministeriums behandelt die Herausforderungen für die europäische Agrarpolitik; u.a. geht es um die Umsetzung der Reform für die Gemeinsame Agrarpolitik bei Direktzahlungen und der Marktordnung. Diskussionsbedarf sieht das zuständige Gesundheitsministerium noch in Sachen Bio-Verordnung, bei

der die EU-Kommission eine Totalrevision plant.

Bürgerinitiative betreffend faire Lebensmittel [\(1557 d.B.\)](#)

Diskutiert wurde im Nationalrat eine Bürgerinitiative für klare Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln. Die Bürgerinitiative spricht sich dafür aus, mehr regionale Produkte einzukaufen, weist darauf hin, wie wichtig Lebensmittelsicherheit, hohe Produktionsstandards und der Qualitätsvorsprung der Produkte ist.

EU-Jahresvorschau Wirtschaft [\(1526 d.B.\)](#)

Schwerpunkte des wirtschaftspolitischen Arbeitsprogrammes der EU bilden die Digitalisierung, die Umsetzung der Energieunion im Lichte des Pariser Klimavertrags, der weitere Ausbau des Binnenmarkts sowie Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs. Um diese Ziele zu erreichen setzt die Union auf Investitionen. Die diesbezügliche Offensive des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) in der Höhe von 315 Mrd. € hat im ersten Jahr ihres Bestehens bereits weitere Investitionen von 116 Mrd. € mobilisiert. Geplant ist nun, sowohl die Laufzeit als auch die finanzielle Ausstattung des Fonds auszuweiten. Ein Schwerpunkt liegt bei der Jugendbeschäftigung: Ziel der europäischen Jugendinitiative ist es, allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten ein qualitativ hochwertiges Beschäftigungsangebot, Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum zur Verfügung zu stellen. Das EU-Programm "Erasmus+" will zudem auch die Mobilität in der beruflichen Bildung fördern.

Abkommen mit Bosnien [\(1505 d.B.\)](#)

Das Abkommen zwischen Österreich und Bosnien-Herzegowina schafft die rechtliche Basis für eine wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der beiden Staaten, u.a. zur gemeinsamen Teilnahme an Forschungskoperationen. Für die Projektkooperation sind jährlich max. 90.000 Euro vorgesehen.

Spekulationsverbot für den Bund [\(1566 d.B.\)](#)

Das Gesetz sieht ein Verbot von Finanzspekulationen für den Bund und die Sozialversicherungsträger vor. Verankert wird der Grundsatz der "risikoaversen Finanzgebarung" für das Finanzmanagement des Bundes.

Finanzrahmen wird verschoben [\(1567 d.B.\)](#)

Für zunächst zwei Jahre wird die Vorlage des Finanzrahmens (er legt die Ausgabenobergrenzen der Ressorts für die nächsten vier Jahre fest) von Frühling auf den Herbst verschoben und damit gleichzeitig mit dem Bundesbudget für das Folgejahr diskutiert. Die Evaluierung des gesamten

Haushaltsrechts durch Währungsfonds, OECD und ein österreichisches Forschungsinstitut dauert bis Frühjahr 2018. Danach soll gemeinsam mit den Oppositionsparteien das Haushaltsrecht auf Basis der Evaluierung reformiert werden.

Abkommen zwischen Österreich und Jersey, Guernsey, Isle of Man über die Besteuerung von Zinserträgen ([1558 d.B./1559 d.B./1560 d.B.](#))

Die drei Abkommen über die Besteuerung von Zinserträgen werden beendet und durch den automatischen Informationsaustausch ersetzt.

Flugabgabe wird halbiert ([1561 d.B.](#))

Die Flugabgabe wird halbiert. Die neuen, ab 2018 gesenkten Abgaben pro Passagier sind 3,50 € (statt bisher 7 €) auf Kurzstrecken, 7,50 € (statt bisher 15 €) auf Mittelstrecken und auf der Langstrecke 17,5 € (statt bisher 35 €).

Ausfuhrfinanzierung ([1562 d.B./ 1563 d.B.](#))

Der Haftungsrahmen im Ausfuhrfördergesetz wird von 50 auf 40 Mrd. Euro, im Ausfuhrfinanzierungsförderungsgesetz von 45 Mrd. Euro auf 40 Mrd. Euro herabgesetzt, da dieser Rahmen in den letzten Jahren nicht ausgenutzt wurde. Die SPÖ hat außerdem erreicht, dass bei der Ausfuhrförderung anerkannte internationale entwicklungspolitische Standards gesetzlich verankert werden.

Renovierung des Austria Center ([1564 d.B.](#))

Das Gesetz schafft die Rechtsgrundlage für Investitionen in das Wiener Konferenzzentrum; geplante Renovierungen sind u.a. der Umbau des Eingangs und die Schaffung von zusätzlichen Ausstellungsflächen. Dafür fallen einmalige Kosten von 32 Mio. Euro für Planung und Bau an, die Stadt Wien refundiert 35 Prozent.

200 Jahre Salzburg bei Österreich – Bund überträgt Liegenschaften ([1565 d.B.](#))

Aus Anlass des Jubiläums "200 Jahre Salzburg bei Österreich" überträgt der Bund Liegenschaften im Eigentum des Bundes bzw. der Burghauptmannschaft an das Land Salzburg. Für die kulturell bedeutsamen historischen Objekte und vor Ort befindlichen Mobilien wird ein Belastungs- und Veräußerungsverbot zu Gunsten der Republik grundbücherlich eingetragen. Bei den Liegenschaften geht es u.a. um die Mariensäule am Domplatz, die Hofstall- und Pferdeschwemme, die Feste Hohen Salzburg, die Neue Residenz und den Residenzbrunnen.

Petitionen und Bürgerinitiativen ([1576 d.B.](#))

Der Nationalrat diskutierte eine Reihe von Petitionen und Bürgerinitiativen, die im zuständigen Ausschuss behandelt wurden, darunter der Wunsch nach mehr Finanzpolizisten im Burgenland und eine Bürgerinitiative für leistbares Wohnen.

NR-Sitzung vom 30. März 2017

Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, Änderung (694/A)

Sacherwalterschaft Neu – Erwachsenenschutz-Gesetz ([1528 d.B.](#)) – s. **Top-Themen**

Novelle des Kartellrechts ([1529 d.B.](#))

Mit dem Kartell- und Wettbewerbsrechts-Änderungsgesetz soll Rechtssicherheit bei Schadenersatzansprüchen aufgrund von Wettbewerbsrechtsverletzungen geschaffen werden. Weitere Inhalte: Verbesserung der Transparenz im kartellgerichtlichen Verfahren, Sicherstellung der Qualität von Sachverständigengutachten im Kartellverfahren, Sicherstellung des fairen Wettbewerbs in der Lieferkette und weitere Modernisierungsmaßnahmen.

Firmenbuch – Umsetzung der BRIS-Richtlinie ([1530 d.B.](#))

Mit dem Gesetz wird eine EU-Richtlinie umgesetzt mit dem Ziel, den grenzüberschreitenden Zugang zu Unternehmensinformationen über das Europäische Justizportal zu erleichtern.

Gerichtsorganisation ([1531 d.B.](#))

Eine Novelle des Gerichtsorganisationsgesetzes bringt einige rechtliche Präzisierungen: So können Sicherheitsmaßnahmen bei Gerichten im Anlassfall auch dann angeordnet werden, wenn das in der Hausordnung nicht vorgesehen ist. Weiters bringt die Novelle eine klare Zuordnung der Gerichtsabteilungen zu dem/der bei einem Gericht tätigen Richter oder Richterin.

Pflichtkurse in Justizgeschichte für angehende RichterInnen und StaatsanwältInnen ([1532 d.B.](#))

In dieser EntschlieÙung wird der Bundesminister für Justiz ersucht, seine bisherigen Bemühungen fortzusetzen und konkrete Maßnahmen mit Nachdruck zu treffen, um ein verpflichtendes Zeitgeschichtecurriculum für alle angehenden RichterInnen und StaatsanwältInnen umzusetzen.

Pauschalreisen – mehr Informationen für KonsumentInnen

(1533 d.B.)

Mit dem Pauschalreisegesetz werden Bestimmungen einer EU-Richtlinie umgesetzt. Ziel ist mehr Schutz für KonsumentInnen und ausreichende Rechtsicherheit für UnternehmerInnen. Stärker reguliert werden Kombi-Angebote von Unternehmen. Machen Zusatzleistungen wie etwa geführte Wanderungen mehr als ein Viertel des Gesamtwerts der Reise aus, wird der Hotelier zum Reiseveranstalter und hat strengere Informationspflichten. Außerdem gibt es detaillierte Bestimmungen über die Informationspflichten und über Ansprüche bei nicht vertragskonformer Erfüllung sowie Regeln über den Insolvenzschutz.

Zweites Zusatzprotokoll zum Europäischen Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen (1536 d.B.)

Durch dieses Zweite Zusatzprotokoll soll die europäische Rechtshilfe in Strafsachen auf Basis des Europaratsübereinkommens verbessert werden. Die entsprechenden Inhalte sind auf EU-Ebene schon umgesetzt, das Zweite Zusatzprotokoll erleichtert die Umsetzung auf Europaratsebene (z.B.: Videokonferenz).

Beitritt mehrerer Staaten zum Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (1534 d.B./1535 d.B.)

Der Nationalrat stimmte dem Beitritt zusätzlicher Staaten zum Abkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung zu. Konkret geht es um Albanien, Andorra, Armenien, Marokko, die Russische Föderation, die Seychellen, Singapur, Kasachstan, Peru und Südkorea.

Berufsreifeprüfungsgesetz – Zentralmatura (1580 d.B.)

Beim Haupttermin 2017 wird erstmals auch die teilzentrale Matura bei der Berufsreifeprüfung durchgeführt. Die Novelle zum Berufsreifeprüfungsgesetz bringt letzte rechtliche und redaktionelle Klarstellungen dazu. Die Berufsreifeprüfung wurde 1997 gesetzlich verankert und ist eine große Errungenschaft der Erwachsenenbildung. Diese Form des Nachholens von Bildungsabschlüssen bietet Lernenden mit beruflichen Erfahrungen und Qualifikationen im 2. Bildungsweg Chancengleichheit und Zugang zu höherer Bildung.

Abkommen mit Liechtenstein zu gegenseitigen Anerkennungen im Bildungsbereich (1581 d.B.)

Mit dem erneuerten Abkommen über die Gleichwertigkeit von Abschlüssen im Bereich der Reifezeugnisse und des Hochschulwesens wird auf die Veränderungen in der Hochschullandschaft in beiden Staaten reagiert und

das Abkommen an diese angepasst.

Novelle des Tierschutzgesetzes ([1544 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Wachtelhaltung ([1546 d.B.](#))

Ein Entschließungsantrag aller Fraktionen ersucht die für Tierschutz zuständige Gesundheitsministerin, die Haltung von Wachteln in die 1. Tierhaltungsverordnung aufzunehmen.

Lebensmittelsicherheit ([1547 d.B.](#))

Mit einer Novelle des Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetzes werden Anpassungen an EU-Recht vorgenommen. Das Konzept "diätische Lebensmittel" fällt weg, es gibt aber weiterhin Regeln für "Lebensmittel für spezielle Gruppen" wie Babynahrung, Säuglingsanfangsnahrung oder Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke.

Register für Gesundheitsberufe ([1548 d.B.](#))

Wer am 1. Juli 2018 einen Gesundheitsberuf ausübt, ist künftig verpflichtet, sich bis spätestens 30. Juni 2019 bei der zuständigen Behörde erstmalig registrieren zu lassen. Ansprechstelle für unselbständig Beschäftigte ist die Arbeiterkammer.

Apothekerkammergesetz ([1549 d.B.](#))

Die Novelle sieht u.a. vor, dass sich die Apothekerkammer eine Hausordnung gibt und die Funktionsperiode des Disziplinaranwaltes auf 5 Jahre befristet wird.

Kostenbremse für Medikamente ([1550 d.B.](#))

Im Zuge einer kleineren ASVG-Novelle wurde nach monatelangen Verhandlungen ein wichtiger Erfolg bei Medikamentenkosten erzielt. Die Neuregelung sieht vor, dass für die Aufnahme von Medikamenten in den Erstattungskodex der Kassen künftig der EU-Durchschnittspreis zu gelten hat. Erhoben wird er mehrmals (nach der ersten Festsetzung durch die Preiskommission nach 18 Monaten, dann nach weiteren 24 und - als Option - nochmals nach neuerlichen 18 Monaten), um sinkende Kosten zu berücksichtigen. Dies gilt auch für besonders teure (weil oft neue und hoch wirksame) Präparate, mit denen die Firmen erst gar nicht in den Kodex hineinwollen, die von den Kassen in Ausnahmefällen - nach Chefarztbewilligung - aber trotzdem bezahlt werden. Festgelegt wurde auch, dass ein Originalprodukt um bis zu 30 Prozent billiger werden muss, wenn ein wirkstoffgleicher Nachfolger (Generikum oder Biosimilar) auf den

Markt kommt.

Abkommen über polizeiliche Zusammenarbeit mit der Schweiz und Liechtenstein ([1571 d.B./ 1572 d.B.](#))

Zwei Abkommen zwischen Österreich, der Schweiz und Liechtenstein, mit denen ähnliche Verträge ersetzt werden, sollen die Effizienz der Polizeiarbeit in Bezug auf Gefahrenabwehr und Strafverfolgung weiter verbessern. Überdies wird die grenzüberschreitende Verfolgung von Verkehrsdelikten erleichtert.

Barrierefreier Zugang zu Informationen ([1543 d.B.](#))

In diesem Entschließungsantrag wird der Innenminister ersucht, im Sicherheitsbereich für einen barrierefreien Zugang zu Informationen (Info-Materialien, Internet) zu sorgen. Auch Informationsblätter/Informationsbroschüren und Formulare, die Betroffene über ihre Rechte und Pflichten belehren, sollen in einer leicht verständlichen Sprache abgefasst werden.

Funkanlagen ([1573 d.B.](#))

Mit dem neuen Funkanlagen-Marktüberwachungsgesetz wird der öffentliche Rückruf spionierender Geräte ermöglicht. Bisher war es zwar möglich, den Verkauf dieser als "Funkanlagen" geltenden Spielzeuge zu unterbinden, wenn sie Datenschutzgesetze verletzen. Es fehlte jedoch die Möglichkeit, solche Rückrufaktionen oder Verkaufsbeschränkungen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu geben.

Soziale Innovationen fördern ([1574 d.B.](#))

Der Antrag fordert, bei der Vergabe von Forschungsförderungen stärker Projekte zu fördern, die soziale Innovationen vorantreiben.

Rechnungshof-Bericht zu U-Bahn ([1577 d. B.](#))

Der Rechnungshof prüfte die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Ausbauphasen und aktuellen Änderungen des Wiener U-Bahn-Netzes zwischen 2007 und 2014. Für den Ausbau der Wiener U-Bahnen U3 und U6 hatten der Bund und das Land Wien 1979 eine 15a-Vereinbarung zur Kostenteilung von jeweils der Hälfte abgeschlossen. Für die fünfte Ausbauphase wurde vom Verkehrsminister eine 15a-Vereinbarung oder ein Gesetz in Aussicht genommen, dies sei auch mit dem Finanzministerium und der Stadt Wien abgestimmt.

Rechnungshof zu Brenner-Basistunnel ([1578 d. B.](#))

Der Brenner-Basistunnel ist das Herzstück einer durchgängigen

Verkehrsachse zwischen Berlin und Palermo und somit für das europäische Verkehrsnetz unverzichtbar. Die Kosten für den Bau sind im Plan; die Kritik des Rechnungshofes an vermeintlichen Kostensteigerungen für das Projekt beziehen sich auf einen Zeitpunkt, wo noch nicht alle Kosten eingerechnet wurden, insofern ist diese für die SPÖ unverständlich.

Rechnungshof-Bericht zu VOR [\(1579 d. B.\)](#)

Großteils behoben sind die Kritikpunkte des Rechnungshofes am Verkehrsverbund Ost-Region.